

Antrag

der Abgeordneten Mag.^a Collini, gemäß § 32 LGO 2001

betreffend: "Erhebung und Schaffung von Unterbringungskapazitäten für Flüchtende aus der Ukraine"

Angesichts der Eskalationen und des Einmarsches russischer Truppen in die Ukraine braucht es ein entschlossenes und geeintes Vorgehen, auch in Niederösterreich. Neben den richtigen und wichtigen Sanktionen der Europäischen Union, an denen sich auch der österreichische Staat vollumfänglich beteiligt, braucht es auch Initiativen von Seiten des Landes Niederösterreich, um dem menschlichen Leid zu begegnen, welches durch die Aggressionen des russischen Staates ausgelöst wurde.

Die Ukraine zählt über 44 Mio. Einwohner. Die Menschen flüchten in Richtung EU und werden auch in Österreich - und in Niederösterreich - Schutz suchen. Über 280.000 Menschen sind bis zum ersten Wochenende nach Ausbruch des Krieges nach Polen geflüchtet. 1.600 Personen haben bis 27.2.2022 die Grenze zu Österreich überschritten. Das Niederösterreichische Rote Kreuz organisiert aktuell einen Transport von Feldbetten und Decken nach Polen, um den Menschen vor Ort zu helfen. Dennoch ist mit einer weiteren Bewegung der Flüchtlingsströme und einer Aufteilung der Menschen innerhalb der EU zu rechnen. Die angrenzenden Staaten können lediglich die Erstversorgung der traumatisierten Menschen übernehmen.

Europa und seine Regionen müssen zusammenstehen und im Sinne eines europäischen Gedankens unkompliziert und rasch Hilfe für die Bürgerinnen und Bürger der Ukraine leisten. Bis heute zeigt sich eine immer größer werdende Welle der Solidarität durch Geldspenden, Sachspenden, Verpflegung und medizinische Versorgung.

Zusätzlich zu diesen begrüßenswerten Initiativen braucht es Hilfe für die Menschen, welche vor der russischen Aggression in den Westen und natürlich auch nach Österreich flüchten. Die Bundesbetreuungsagentur hat eine Plattform ins Leben gerufen, auf der Privatpersonen einmelden, wie viele Schlafplätze sie Flüchtenden zur Verfügung stellen können. Diese einzelnen Aktionen müssen für das Land Niederösterreich Anlass sein, Unterbringungskapazitäten für Flüchtende aus der Ukraine zu erheben und in einem nächsten Schritt weitere Unterkünfte zu schaffen.

Die Gefertigte stellt daher den

Antrag

Der Landtag wolle beschließen:

"Die Landesregierung, insbesondere der Landesrat für Integration und Veranstaltungswesen Gottfried Waldhäusl, wird aufgefordert Unterbringungskapazitäten für Flüchtende aus der Ukraine von Seiten des Landes Niederösterreich zu erheben und in weiterer Folge in

Abstimmung mit dem Bundesministerium für Inneres weitere Kapazitäten für die Unterbringung von Flüchtenden aus der Ukraine zu schaffen."

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Sozial-Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen